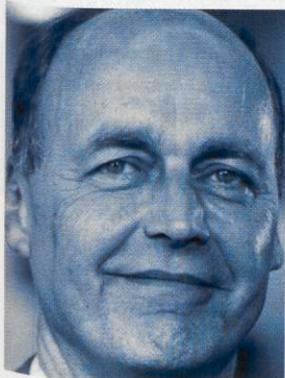


F a k t e n u n d A r g u m e n t e

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Wir wollen nicht alles anders, aber Deutschland **sicher** machen



Vor einem Monat haben die schrecklichen Terroranschläge auf New York und Washington die Welt verändert und mit ihr das Sicherheitsbedürfnis der Menschen. Viele Menschen sind in Sorge. „Wie gefährdet sind wir in Deutschland? Kommt der Terror jetzt zu uns? Was bedeuten die Anschläge für meine Familie, für meine Kinder, für meine eigene Zukunft?“

Das sind die Fragen, die sich heute viele stellen, und ich verstehe diese Sorgen. In Zeiten wie dieser ist es die Aufgabe der Politik, alles,

was möglich ist, für die Sicherheit der Bürger zu tun.

■ **Zu lange** wurde die heraufziehende Gefahr des Fundamentalismus als Panikmache abgetan.

■ **Zu lange** wurden unsere Streitkräfte und die Geheimdienste als überkommene Relikte des kalten Kriegs behandelt. Öffentlich, moralisch und finanziell.

■ **Zu lange** wurden Anfragen an die innere Sicherheit unseres Landes fahrlässig als Hardlinertum abgetan.

Wir haben in Hamburg gesehen, welche Versäumnisse mit Rot-Grün im Be-

Fortsetzung Seite 2

INHALT

„FAIRE POLITIK
FÜR FAMILIEN“:

Friedrich Merz, Maria
Böhmer und Maria
Eichhorn: Familienpolitik
bleibt die Kompetenz
der Union

SEITE 6

DOKUMENTATION:

Angela Merkel: Es gibt
keine Alternative zum
Vorgehen der USA. Rede
der Parteivorsitzenden in
der Terrorismus-Debatte
des Bundestags
am 11. Oktober

INNENTEIL

Fortsetzung von Seite 1
reich der inneren Sicherheit aufkommen. Es steht zu befürchten, dass die bisher vergleichsweise gute Position Berlins durch Rot-Grün oder schlimmer noch Rot-Rot auf das Ärgste gefährdet ist. Die Wahlplakate in Berlin sind deutliche Vorboten.

Sowohl die PDS wie auch die NPD verurteilen die Verteidigungsoffensive der westlichen Welt gegen die Terroristen, die mit Afghanistan ein ganzes Land als Schutzschild missbrauchen. Sie könnten auf manchem Plakat die Logos von PDS und NPD austauschen, ohne dass es jemandem auffiele.

Kein Verständnis für die Unbedenklichkeits-erklärung Schröders gegenüber der PDS

Angesichts dieser Tatsache habe ich nicht das geringste Verständnis dafür, dass der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Schröder in Berlin eine Regierungsbeteiligung der PDS für unbedenklich hält. Eines steht fest: wir müssen den Kraken des international organisierten Terrors unschädlich machen! Deshalb steht die Union zum außenpolitischen Konsens der Demokraten. Aber bis dahin müssen wir die Bevölke-

rung vormöglichen Attacken schützen.

Jetzt rächt sich, dass die SPD in den von ihr regierten Ländern erheblich an Polizei und Verfassungsschutz gespart hat. Sowohl bei der Bundeswehr und beim Bundesgrenzschutz

wie auch bei der Polizei besteht Handlungsbedarf.

Wenn man Polizei und BGS aber aufstocken will, braucht man, bis zusätzliche Kräfte ausgebildet sind, mindestens drei Jahre. Diese Zeit haben wir jetzt nicht. Deshalb müssen auch Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inland rechtlich abgesichert werden.

Das Wichtigste ist, dass die Diskussion wegkommt von bruchstückhaften Einzelvorstellungen, wie Herr Schily sie vorschlägt. Wir müssen hinkommen zu einem Gesamtkonzept für die bessere Zusammenarbeit der Dienste, zu einer besseren Ausstattung bei Bundeswehr und Polizei einschließlich eines Finanzierungskonzepts, das mittelfristig angelegt ist.

ANGELA MERKEL IN BRÜSSEL

Zu einem Arbeitsbesuch war die Parteivorsitzende am 10. Oktober in Brüssel. Dabei traf sie mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, zusammen und mit der CDU/CSU-Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament.

Im Rahmen einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung hielt Angela Merkel eine Rede zum Thema „Unsere gemeinsame Herausforderung: Für ein starkes, demokratisches und geeintes Europa“.

[http://](http://www.cdu.de)

Wortlaut der Europa-Rede: www.cdu.de

Ich kann für die Union nur sagen: Toleranz und Liberalität gegenüber Terroristen darf es bei uns nicht geben

Wenn Regierungsparteien versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass unsere Vorschläge zu einem Abbau an Toleranz und Liberalität führten, dann kann ich für die Union nur sagen: Toleranz und Liberalität gegenüber Terroristen und ihren Sympathisanten darf es bei uns nicht geben!

Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land und wird es bleiben. Wir wollen nicht alles anders, aber Deutschland sicher machen. In diesem Sinne werben wir für unsere Positionen.

FRAU ROTH GIBT RATSCHLÄGE

Grünen-Vorsitzende fällt der Regierung in den Rücken und **schadet** Deutschland

Zur Forderung der Grünen-Vorsitzenden, den Kampfeinsatz in Afghanistan zu unterbrechen, erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Mit ihren öffentlichen Ratschlägen und Forderungen gegenüber den USA bricht Frau Roth die internationale Solidarität, fällt der Bundesregierung in den Rücken und schadet Deutschland in einem beträchtlichen Maße.

Der von der Grünen-Vorsitzenden aufgemachte Gegensatz „entweder Militär oder humanitär“ ist virtuell. Die Ereignisse am 11. Sep-

tember haben gezeigt, wer den Taliban mit Geduld gegenübertritt und ihnen Zeit lässt, gibt dem Terror neuen Raum. Die CDU setzt auf den Dreiklang von militärischem Eingreifen und der Schaffung politischer und humanitärer Lösungen.

Wenn die Vorsitzende der Grünen Ratschläge anbringen möchte, sollte sie das zunächst mit ihrem Parteifreund Josef Fischer abstimmen. Dass Frau Roth dies umgeht, ist eine öffentliche Desavouierung des Außenministers.

Grund und Ursache für die humanitäre Not, in der

sich das afghanische Volk befindet, ist die Regierung der Taliban, die durch Miswirtschaft, Menschenrechtsverletzungen, Folter und Unterdrückung der Frauen vielfaches Leid verursacht haben. Sie bilden die Schutzmacht des internationalen Terrors und müssen aus diesen Gründen bekämpft werden.

Frau Roths Losung „Fischer für die Solidarität mit den USA und Roth für die Friedensbewegung“ ist außenpolitisch gefährlich, abgeschmackt und an Doppelzüngigkeit nicht zu überbieten.



Angela Merkel auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg. Ihr Gastgeschenk für den bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Schwesterpartei Edmund Stoiber: ein „GPS“ (= global positioning system) – so heißt das HighTech-Gerät zur Standortbestimmung in jedem Gelände.

Foto: dpa

Angebot, das es Frauen leichter macht, sich politisch in der CDU zu **engagieren**

Der Parteitag möge beschließen:

I. Die CDU Deutschlands ist seit jeher bestrebt, auf allen Ebenen unserer Partei die Mitwirkung von Frauen zu fördern. Die Bundesparteitage 1986 in Mainz und 1988 in Wiesbaden haben wichtige Beschlüsse zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeit der CDU gefasst. In unserem Grundsatzzprogramm haben wir uns zur Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Politik verpflichtet. Schließlich hat der 8. Parteitag der CDU Deutschlands am 21./22. Oktober 1996 in Hannover durch Einfügung des Abschnitts C. in das Statut der CDU die Vorstände der Parteiliederungen, der Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen zur rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU verpflichtet. Zur Erreichung dieses Ziels sieht



Aus Anlass eines Zusammentreffens der Kandidatinnen für die Abgeordnetenhauswahl und die Bezirksversammlungen in Berlin mit Angela Merkel am 15. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus dankte die Vorsitzende der Berliner Frauen-Union, Edeltraut Töpfer, der Parteivorsitzenden ausdrücklich für ihre Unterstützung bei der Fortführung des Frauenquorums.

§ 15 Abs. 7 Statut der CDU vor, dass Frauen an Parteiämtern und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt werden sollen. Die Einführung des neuen Abschnitts C. sowie § 15 Statut

der CDU treten, ohne dass es einer ausdrücklichen Änderung des Statuts bedarf, mit Ablauf des 31. Dezember 2001 außer Kraft, falls nicht vorher der Bundesparteitag die weitere Gültigkeit der vorgenannten Satzungsvorschriften beschließt.

**ANTRAG DES
BUNDESVOR-
STANDS AN DEN
14. PARTEITAG
UND EINSTIMMI-
GER BESCHLUSS
VOM 1. OKTOBER**

II. Das so genannte Frauenquorum hat sich im Wesentlichen als praktikabel erwiesen und bewährt. Dennoch kann die CDU mit dem Erreichten nicht zu-

frieden sein. Der Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern ist in den alten Bundesländern während der 90er Jahre mit 24,4 % nahezu konstant geblieben. In den neuen Bundesländern ist er in diesem Zeitraum von knapp 40 % auf 31,6 % gesunken. Hinzu kommt der in dem familienpolitischen Programm der CDU beschriebene Wandel der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft und der Berufswelt, der ein Engagement von Frauen in Parteien oft erschwert oder unmöglich werden lässt. Dieses gilt insbesondere, wenn Frauen durch Familien- und Erziehungspflichten stark eingebunden sind.

III. Die Gliederungen der CDU müssen sich auf diese Situation einstellen und flexible Angebote entwickeln, die es Frauen leichter machen, sich politisch in der CDU zu engagieren. Daher ist die Fortführung des Frauenquorums unverzichtbar. Um ein Außerkrafttreten des Abschnitts C. (Gleichstellung von Frauen und Männern) und des § 15 Statut der CDU zum 31. Dezember 2001 zu verhindern, beschließt der 14. Parteitag der CDU Deutschlands: § 15 Abs.7 Statut der CDU **entfällt ersatzlos.**

Online-Stimmabgabe – attraktiv für Jungwähler

In den letzten Jahren hat die Zahl der Internet-Nutzer in der Bundesrepublik Deutschland stark zugenommen. Derzeit nutzen ca. 20 Millionen Deutsche das Internet regelmäßig zur Unterhaltung, zur Kommunikation oder zur Informationsbeschaffung.

Angesichts einer steigenden Ausstattungsrate bundesdeutscher Haushalte mit Personalcomputern und einer wachsenden Zahl von Internetnutzern gewinnt die Möglichkeit der Stimmabgabe bei Wahlen mittels dieses elektronischen Mediums an Bedeutung. Die online – also per Internet – abgegebene Wählerstimme, könnte damit die Stimmabgabe im Wahllokal oder per Briefwahl um ein attraktives, zeitgemäßes Angebot ergänzen.

Die Verbreitung des Internets ermöglicht politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, an Online-Wahlen aktiv teilzunehmen und somit ihr Wahlrecht auf diese neuartige, bürgerfreundliche Weise auszuüben. Online-Wahlen bieten insbesondere den jüngeren Wahlberechtigten die Teilnahme an Wahlen auf eine Art, die ihrer persönlichen Lebensführung entspricht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf,

einen Bericht über die gesetzlichen, sicherheitstechnischen und verwaltungsrelevanten Erfordernisse an Online-Wahlen sowie Maßnahmen zu ihrer Realisierung vorzulegen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, darzulegen, unter welcher zeitlichen Perspektive und mit welchem technischen, personellen sowie finanziellen Aufwand erste Online-Wahlen als Ergänzung der herkömmlichen Stimmabgabe auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene durchgeführt werden können. **UD**



Sylvia Bonitz, Mitglied im Bundestagsausschuss Neue Medien, am 11. Oktober im Deutschen Bundestag: „CDU und CSU werden Anstrengungen der Bundesregierung zur Ermöglichung von Online-Wahlen wohlwollend-kritisch begleiten. Die Option einer zusätzlichen Online-Stimmabgabe soll möglichst zügig eingeführt werden.“

Familienpolitik ist und bleibt die **Kompetenz** der Union

Zum Fraktionsbeschluss „Faire Politik für Familien“ erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ehe und Familie sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft. Als die Union 1982 die Regierungsverantwortung übernahm, lag das Kindergeld bei 50 DM monatlich. Es gab keine Kinderfreibeträge, keine Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente, kein Erziehungsgeld und keinen Erziehungsurlaub. Bis zum Regierungswechsel 1998 wurde das Kindergeld von 50 auf 220 DM erhöht. Kindergeld und Kinderfreibetrag wurden zum dualen Familienlastenausgleich ausgebaut, 600 DM Erziehungsgeld und drei Jahre Erziehungsurlaub, Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente und viele weitere familienpolitische Leistungen eingeführt. Diesen Weg setzt die Unionsfraktion nun mit dem Programm „Faire

Politik für Familien“ fort.

Die heutigen Rahmenbedingungen werden der Situation der Familien nicht mehr gerecht. Die Lebensvorstellungen und Lebensbedingungen der Menschen haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Zwar ist der Wunsch bei jungen Paaren nach Kindern nach wie vor vorhanden, doch wird er immer weniger realisiert:

► Kinder stellen heute ein wesentliches Armutsrisiko dar. Wer früher keine Kinder hatte, war zur Armut verdammt. Heute ist es oft umgekehrt. Viele Familien, darunter viele Alleinerziehende, drohen durch die Geburt der Kinder zu Sozialhilfeempfängern zu werden. So haben Berechnungen des IFO-Instituts von 1999 ergeben, dass das Pro-Kopf-Einkommen eines Ehepaares mit zwei Kindern bei 1.022 DM/Monat liegt und damit nicht einmal halb so hoch ist wie das eines Ehepaares ohne Kinder mit 2.360 DM/Monat.

► Kind und Karriere schließen einander oft aus. Fast die



F. Merz



M. Böhmer



M. Eichhorn

Hälfte aller akademisch ausgebildeten Frauen bleibt heute kinderlos. Wurden in Deutschland 1962 noch rd. 1,2 Millionen Kinder geboren, so waren es 1999 nur noch rd. 770.000. Damals waren 10% der Paare lebenslang kinderlos. Heute sind es fast 40%.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Es geht dabei um den fairen Umgang mit unseren Familien, es geht um die Verbesserung der Strukturen und eine gerechte und verlässliche finanzielle Förderung von Familien. Eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu verwirklichen, geht jeden an. Es gilt, das gesamte staatliche Leistungsangebot für Familien daraufhin zu überprüfen, ob Anspruch und Wirklichkeit sich noch decken.

Deswegen setzt die Union auf ein familienpolitisches Maßnahmenpaket.

das die Situation der Familie umfassend verbessert. Vernetzt mit einer neuen Finanz- und Sozialpolitik, sollen drei Bereiche reformiert werden, die für die Union absoluten Vorrang haben:

Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das heißt, Strukturen verbessern: ► familienfreundliche Arbeitsplätze, mehr Flexibilität am Arbeitsplatz, ► quantitativer und qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere bei Kleinkindern und Schulkindern ► und professionelle Hilfe im Haushalt.

Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Erwerbstätigkeit oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von beidem. Es geht insbesondere darum, dass Mütter und Väter selbst entscheiden können, wie sie gemeinsam in unterschiedlichen Familienphasen für das Familieneinkommen und für die Erziehung der Kinder Sorge tragen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen Union und Rot-Grün.

Kinderbetreuung ist für die Union nicht nur eine or-

ganisatorische Frage. Hier muss es künftig stärker als bisher auch um Inhalte gehen, also Erziehung und Bildung.

Wir wollen finanzielle Gerechtigkeit für die Familien herstellen

Das heißt, Erziehungsleistung anerkennen. Ab 2003 soll ein Familiengeld von 1200 DM im Monat für Kinder bis drei Jahren gezahlt werden. Das volle Familiengeld für Kinder über drei Jahren wird in einem Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Jahren – beginnend bei 400 DM pro Kind und Monat – auf 600 DM realisiert.

Das Familiengeld ist ein neues, zukunftsorientiertes Konzept nachhaltiger Familienförderung, das über das bisherige Kindergeld und Erziehungsgeld deutlich hinaus geht. Das Familiengeld ► erkennt die Leistungen der Familie für die Gesellschaft an, ► baut finanzielle Benachteiligungen von Familien ab, ► verbessert die Förderung junger Familien deutlich ► und ist gerecht, da alle Kinder gleich behandelt werden.

Mit dem dynamisierten Familiengeld wird der Armut von Kindern wirksam begegnet. Damit wird es uns

gelingen, die rund 1 Mio. Kinder aus der Sozialhilfe zu holen.

Die zersplitterten und von den Familien mittlerweile nicht mehr überschaubaren Familienförderungsleistungen sollen zur Vereinfachung in einer Familienkasse zusammengeführt werden. Hier soll das Familiengeld ausgezahlt werden. Die Familienkasse wird im Einvernehmen mit den Ländern bei einer Stelle eingerichtet, die bürgernah Leistungen für Familien bewilligt. Sie übernimmt Bearbeitung und Auszahlung des Familiengeldes sowie weitere Leistungen, so dass Eltern familienbezogene Leistungen bei einer Stelle beantragen können.

Wir wollen die Erziehungskompetenz und die Erziehungskraft von Eltern stärken

Familienbildung und Familienberatung haben zum Ziel, die Erziehungsarbeit der Eltern mit Rat und Tat zu unterstützen, Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abzubauen sowie Konflikte in Familien zu entschärfen. Wir wollen daher eine Offensive starten und Familienbildung und Familienberatung für alle

Bundesrechnungshof **bestätigt** Unionskritik

Zum Bericht des Bundesrechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Besonders bei den Privatisierungen bestätigt der Bundesrechnungshof die Kritik der Union weitgehend. Danach sind die Privatisierungsmaßnahmen in vielen Fällen nicht ausrei-

chend vorbereitet bzw. unzulänglich durchgeführt. Das zeigt sich z.Z. gerade bei der Bundesdruckerei in Berlin. Hier ist zweifelhaft, ob der Bund jemals den vereinbarten Kaufpreis erhält.

Verstecke in Schatten- und Nebenhaushalten

Zweifelhaft ist aber auch, ob die in Berlin dringend benötigten Arbeitsplätze bei

der Bundesdruckerei im vereinbarten Umfang erhalten bleiben können. Darüber hinaus verwendet der Bundesfinanzminister die Privatisierungseinnahmen über Schatten- bzw. Nebenhaushalte zur Finanzierung allgemeiner Bundesausgaben, während er Haushaltsbelastungen aus dem Bereich der Postnachfolgeunternehmen in Billionenhöhe auf künftige Jahre verschiebt.

sozialen Schichten ermöglichen.

Das Familiengeld ist finanzierbar. Die Einführung des Familiengeldes setzt – auch wenn sie schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren erfolgt – eine gewaltige Kraftanstrengung auf allen Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik voraus. Vor allem ist eine grundsätzliche Neuausrichtung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe erforderlich. Hierzu liegt bereits ein entsprechender Beschluss der Fraktion vor. Zu berücksichtigen ist, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten einer unzureichenden Familienpolitik und des Bevölkerungsrückgangs mit-

tel- bis langfristig deutlich höher sind als die Kosten des Familiengelds. Die Finanzierung des Familiengelds stützt sich insbesondere auf:

► **Mehr Beschäftigung:** 100.000 Arbeitslose kosten pro Jahr ca. 3,7 Mrd. DM. ► **Reform von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe:** Sozialhilfe für Kinder beläuft sich auf ca. 5 Mrd. DM pro Jahr. ► **Vergrößerung des Lohnabstandsgebots:** Da das Familiengeld nicht angerechnet wird, lohnt sich eine Arbeitsaufnahme. ► **Bessere Ausschöpfung von zumutbarer Arbeit:** Vor allem jüngere Menschen, die eine angebotene und zumutbare Beschäftigung ohne hinreichenden Grund ablehnen, sollen den An-

spruch auf Lohnersatzleistungen verlieren. ► **Nutzung des personennahen Dienstleistungsbereichs:** Abbau von Schwarzarbeit in Privathaushalten ► **Wachstumsorientierte Politik:** Ein Prozent zusätzliches Wachstum führt zu 17 Mrd. DM Mehreinnahmen der öffentlichen Kassen.

Das Familiengeld-Konzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt die staatliche Familienförderung auf eine völlig neue Basis. Sie wird für Eltern über die gesamte Erziehungszeit der Kinder hinweg verlässlich und kalkulierbar und schafft einen gerechten Ausgleich für die Leistungen, die Familien für unsere Gesellschaft erbringen. 

FRIEDRICH MERZ:

Kompetenzen **fördern** – freiwilliges Engagement älterer Menschen

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, anlässlich des Senioren-Hearings „Aktiv, vernetzt, mobil“ der Fraktion am 27. September:

Wenn wir heute über die Älteren in unserer Gesellschaft reden, müssen wir als erstes feststellen: wir stehen inmitten einer „Revolution“. Aber sie ist nicht spektakulär, sondern eine „Revolution auf leisen Sohlen“.

Wir finden überall in unserer Gesellschaft, vom Arbeitsleben über die Werbung bis zum Körperkult, eine Betonung des Jugendlichen. Aber dieser „Jugendwahn“ verbirgt die eigentliche Entwicklung: das „Altersbeben“, wie es der britische Wissenschaftler Paul Wallace nennt.

Lebenserwartung steigt

Die demografische Entwicklung verschiebt den Schwerpunkt der Bevölkerung immer mehr in Richtung Alter. Schon heute sind 28 Millionen 50 Jahre und

älter. Manche sprechen schon von der „ergrauenden Gesellschaft“.

Hinzu kommt die kontinuierlich steigende Lebenserwartung: Im Durchschnitt liegt sie heute für Männer bei 75, für Frauen bei 80 Jahren. In wenigen Jahren wird sie bei 80 und 85 Jahren liegen. Noch nie gab es soviel Hundertjährige wie heute.

Parallel einher geht damit die Abnahme der Lebensarbeitszeit: gerechnet auf eine Lebenszeit von 650 000 Stunden arbeiten wir nur noch 55 000 Stunden, die freie Zeit – neben Kindheit und Freizeit vor allem das Alter – beträgt dagegen 300 000 Stunden. Die Zeit für Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit wächst, gerade auch im Alter.

Das Leben im Vorruhestand und nach der Rente entwickelt sich immer mehr zu einer eigenständigen Lebensphase. Forscher trennen manchmal schon das dritte vom vierten Lebensalter. Oder sie unterscheiden die „jungen Alten“, „mittleren Alten“ und die „alten Alten“, die sich nach Formen

des Lebensstils, der Aktivität und des sozialen Engagements voneinander unterscheiden.

Dabei stehen wir erst am Anfang dieser leisen „Altersrevolution“. Schon heute leben bei uns mehr Menschen im Rentenalter als junge Leute. Bis zum Jahr 2040 wird sich der Anteil der über 60jährigen in der Bevölkerung unseres Landes verdoppeln.

Erheblicher Kostendruck

Mit unserem bisherigen Verständnis von Sozialstaat werden wir diese Herausforderung einer „Altersgesellschaft“ nicht gerecht werden können.

Finanziell haben wir es in den sozialen Sicherungssystemen – vom Renten- und Gesundheitssystem bis zu Pflegeversicherung und Sozialhilfe – mit einem erheblichen Kostendruck zu tun. Diese Kosten werden künftig nicht mehr von der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung aufgefangen werden können. Wer die Zukunft gestalten will, muss

klar sagen, dass hier Reformen unerlässlich sind.

Es gilt in Hinsicht darauf, dass angesichts der stark wachsenden Zahl von Seniorinnen und Senioren stärker als bisher Alte für Ältere sorgen müssen. Der Förderung von Zusammenschlüssen zu Senioren-Netzwerken und Selbsthilfegruppen kommt hier eine wichtige Rolle zu.

Für die meisten war das Altendasein verknüpft mit Gebrechlichkeit, Kräfteschwund, Zurückgezogenheit. Heute sehen wir immer mehr Bürger im dritten Lebensalter, die aktiv tätig sind, weltzugewandt, immer mehr gebildet, leistungsbereit, erlebnisoffen. Die Älteren in unserer Gesellschaft wollen teilhaben und teilnehmen.

Für uns alle wird eines immer klarer: Den neuen Anforderungen einer altersgerechten Gesellschaft können wir nicht mehr in der gewohnten Weise mit den Mitteln eines fürsorglichen, paternalistischen Wohlfahrtsstaates begegnen. Wie in anderen Bereichen unserer Gesellschaft gilt es auch hier, auf ein verändertes Verhältnis von Vorsorge und Fürsorge, von Subsidiarität und Solidarität zu achten. Das bedeutet eine große Chance. 

Die Jury befand sich in einer Zwickmühle

Der Kreisvorsitzende der Kölner CDU, Richard Blömer, entschloss sich spontan, zehn weitere Preise über jeweils 500 Mark zu verleihen. So sehr hat ihn die unerwartet große Resonanz gefreut, auf die die CDU-Ehrenamts-Kampagne in der Domstadt gestoßen ist.

Die Ermittlung der zehn Preisträger mit jeweils 1000 Mark fand unter großer Spannung und Anteilnahme natürlich der Bewerberinnen und Bewerber samt ihren Angehörigen und Helfern statt.

Weit über 200 waren am 17. September zum „Ehrenamts-Abend“ ins Schokoladen-Museum am Rhein gekommen. Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma war auch dabei.

Insgesamt 73 Gruppen, Einzelpersonen und Initiativen hatten sich um die „Bürgerpreise“ beworben und mit – durch die Bank – eindrucksvollen Beispielen für Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement und Bürgerengagement miteinander konkurriert. Kölner Stadt-Anzeiger:

„Die Jury befand sich in der Zwickmühle.“

Gründer der  Bürgerforen („Die Meckerecke“) im Bürgerhaus Stollwerck sowie von  Senioren-Theatergruppen  Mitmacher in einem Gefängnis-Besuchskreis  Leiter eines Dritte-Welt-Arbeitskreises  Engagierte im Sportverein Lövenich-Widdersdorf und beim  Verein „Frauenselbsthilfe nach Krebs“: das waren die herausragenden Wettbewerber, die schließlich ausgezeichnet wurden.

Der Oberbürgermeister hob den „fast grenzenlosen Facettenreichtum“ ehrenamtlichen Engagements hervor, und Richard Blömer nutzte die Gelegenheit zu Forderungen an die Bundesregierung, Rahmenbedingungen schaffen, die ehrenamtliche Arbeit fördern:  Abschaffung unnötiger Verwaltungsvorschriften  Anerkennung ehrenamtlicher Arbeitszeiten in der Rentenversicherung  Freistellung von der Sozialversicherungspflicht.

100.000 BESCHÄFTIGTE

waren im ersten Halbjahr 2001 von dem starken Anstieg der Firmenpleiten im selben Zeitraum betroffen. Bundesweit waren es rund 16.200 Fälle, in denen Unternehmen zahlungsunfähig wurden: 19 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die offenen Forderungen belaufen sich auf 25 Milliarden Mark.

8,6 PROZENT

der Kasenpatienten, die in diesem Jahr beim Arzt waren, ist eine Arznei verweigert oder deren Verordnung verschoben worden. Diese von Emnid ermittelte Unterversorgung hat die Hauptgeschäftsführerin des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), Cornelia Yzer, zum Anlass genommen, das geplante Sparpaket der Bundesgesundheitsministerin heftig zu kritisieren: Missbrauch der Arzneimittel als „Sparschwein im Gesundheitswesen“ – das sei die neue Maxime „lieber billiger als besser“.

UNVERSTÄNDLICH

aus Sicht der Bauern ist die von Bundeslandwirtschaftsministerin Künast hartnäckig verfolgte „Neuformierung“ der Landwirtschaft. Verbandspräsident der deutschen Bau-

ern, Gerd Sonnleitner: „Wir sind bereits in den Jahren 1992 und 2000 mit zwei umfassenden Reformen konfrontiert worden.“ Besonders ärgerlich: die geplante Umschichtung der Fördermittel. Fehlende Ausgleichszahlungen werden die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe bedrohen.

JEDER ACHTE Jugendliche in Deutschland schließt inzwischen einen Ausbildungsvertrag in den neuen Berufen ab: weit über 30.000 in diesem Jahr, wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) berichtet. Seit 1996: rund 110.000 Lehrverträge in den IT-, Medien-, Event-, Freizeit- und Gesundheitsberufen.

DRASTISCH eingebrochen ist im vergangenen Jahr der Immobilienmarkt in den neuen Ländern. Einer der Gründe dafür: Wegfall des Steuersparmodells zum Jahreswechsel und damit das Ausbleiben westdeutscher Käufer, die noch Mitte der 90er Jahre jede zweite ostdeutsche Immobilie erworben haben.

BEI 77 PROZENT des Westniveaus liegen inzwischen die ostdeutschen Löhne. Die in den neuen

Ländern ausgezahlten Renten für Frauen machen 124 Prozent des westdeutschen Vergleichwertes aus, die für Männer: 103 Prozent. Im Gesundheitswesen gibt es „keine Unterschiede“ zwischen Ost und West. Bei der Kinderbetreuung ist das Angebot im Osten größer als in den alten Ländern.

EINBRÜCHE beim Passagieraufkommen registrieren seit dem 11. September die deutschen Flughäfen. Auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen sank die Zahl der Passagiere im Vergleich zu September letzten Jahres um 7,2 Prozent auf 4,4 Millionen Fluggäste.

SPORTVEREINE sind eine milliardenstarke Wirtschaftskraft. DSB-Präsident Manfred von Richthofen hat die Ergebnisse der 2. Sportstudie mitgeteilt und bei der Gelegenheit das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Vereinsmitglieder gewürdigt: 4,44 Millionen der insgesamt 12,32 Millionen Aktiven. Sportler sind auch besonders konsumfreudig. Für Mitgliedbeiträge geben sie Geld aus, für Eintrittskarten bei Sportveranstaltungen, für sportliches Outfit, Sportgeräte und für Speis und Trank: 22 Mark pro Gaststättenbesuch. **UD**

PETER GÖTZ ZIEHT KOMMUNALPOLITISCHE BILANZ:

Vernichtendes Ergebnis rot-grüner Politik ein Jahr vor der Bundestagswahl

Zu den negativen Auswirkungen von drei Jahren Regierung Schröder auf die Kommunen und die lokale Demokratie in Deutschland erklärte der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV) und kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach drei Jahren rot-grüner Regierung Schröder in Bonn und Berlin ist die Lage der deutschen Kommunen kritischer als je zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Finanzkraft sinkt dramatisch. Schon bis Januar dieses Jahres hatten rot-grüne Bundesgesetze zu einem Rückgang der kommunalen Steuereinnahme-Erwartung für 2001 um 10 Prozent geführt. Das sind über 11 Milliarden von insgesamt etwa 111 Milliarden DM. Seitdem ging es weiter bergab. Die letzte Steuerschätzung vom Mai 2001 bestätigte den Abwärtstrend: noch einmal 3,1 % weniger als zuvor geschätzt. Die Gewerbesteuer wird anstatt 54 Milliarden Mark nur knapp



49 Milliarden in die Kassen der Gemeinden bringen. Im Osten sinkt sie im Jahresvergleich um 17,5 %, im Westen um 9,6 %.

Für Investitionen immer weniger Geld

Viele Kommunen müssen kurzfristige Kassenkredite aufnehmen, damit sie einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Für Investitionen ist immer weniger Geld da. Wir liegen heute in den neuen Bundesländern 45 % und in den alten 25 % unter dem Investitionsvolumen von 1992.

Rot-Grün hat den Kommunen die Übernahme von immer neuen Aufgaben im sozialen Bereich verordnet, ohne dafür die Finanzierung zu sichern. Über die Hälfte

des kommunalen Haushaltes muss für soziale Leistungen verwandt werden. Im Jahr 2000 waren es noch 47 % gewesen. Die Rentenreform allein wird die Kommunen bis 2008 15,5 Milliarden Mark kosten.

Diese Entwicklungen stehen in Widerspruch zu den ohnehin dürftigen kommunalpolitischen Ankündigungen in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1998. Eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden war versprochen worden, eine umfassende Überprüfung des Gemeindefinanzsystems und die Beachtung des Konnexitätsprinzips.

Keine dieser Ankündigungen wurde eingelöst. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Mai hat Schröder der dringenden Gemeindefinanzreform für die 14. Legislaturperiode endgültig eine Absage erteilt. In Verkennung der tatsächlichen Haushaltssituation der Gemeinden hat er seine Rede vor den Delegierten mit der als zynisch empfundenen Bemerkung eingeleitet, er sei bei „reichen Verwandten“.

■
Von den UMTS-Erlösen keinen Pfennig weiter gereicht

Erinnert sei daran, dass der Bund im Jahr 2000 fast 100 Milliarden Mark durch die Versteigerung der UMTS-Erlöse unverhofft zusätzlich eingenommen hat. Kein Pfennig davon wurde nach unten weitergereicht. Stattdessen entfallen durch die Abschreibung der Kosten bei den Telekommunikationsfirmen 14 Milliarden Mark an Gewerbesteuern.

Auf die BSE-Krise hat Rot-Grün mit einem „Schnellgesetz“ reagiert. „Dem Bund entstehen keine Kosten, den Ländern und den Gemeinden entstehen erhebliche Kosten“, steht in dem Gesetz. So einfach macht es sich diese Regierung zu Lasten der lokalen Demokratie.

■
CDU und CSU haben die besseren Konzepte

Dabei gehen die Herausforderungen für unsere Kommunen in der unmittelbaren Zukunft weit über die Lösung der Finanzkrise hinaus. Aufgaben und Stellung der kommunalen Selbstverwaltung in einer erweiterten und vertieften Europäischen Union sind unklar. Wohin

wird uns der Trend zu immer mehr Liberalisierung und Privatisierung von kommunalen Aufgaben führen? Wird der Service wirklich besser und billiger? Oder müssen wir auch mit chaotischen Versorgungskrisen rechnen wie bei der Stromversorgung in Kalifornien? Welche Konsequenzen bringt uns der Trend zu mehr direkter Demokratie – auch mit Hilfe des Internets?

Damit auf diese und andere Fragen die besten Antworten für unser Land gegeben werden, sind Gestaltungswille und eine Vision für unsere Gesellschaft gefordert – und nicht das abwartende Verwalten mit „ruhiger Hand“ dieser Bundesregierung.

Wir haben in CDU und CSU, in der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) und in der Bundestagsfraktion die besseren Konzepte. In der Kommunalpolitik haben wir einen Kompetenzvorsprung. Deshalb haben wir auch seit 1998 bei den Kommunalwahlen so viele Wähler dazugewonnen. Wir sind auch im Bund für die Herausforderung gerüstet. Ich bitte die Kommunalpolitiker der Union in den nächsten elf Monaten bis zur Bundestagswahl um selbstbewusste Unterstützung für den Regierungswechsel. **UD**

Hilflose Reform

■ Die Experten der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften sind sich wie selten einig: Mit dem neuen Job-Aktiv-Gesetz ist eine schnelle Entlastung des Arbeitsmarkts nicht zu erreichen. Die groß angekündigten Eingliederungspläne gibt es schon, und die angepeilte Senkung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags auf unter 40 Prozent rückt in weite Ferne. **Karl-Josef Laumann**, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Entsprechend hilflos alle Auskünfte des Bundesarbeitsministers zu dem Gesetz und seine schwache Hoffnung, dass sich wenigstens die durchschnittliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes geringfügig verringern werde.“

Rot-Grün kneift

■ Die nur noch in diesem Jahr geltende Übergangsregelung im Bundessozialhilfegesetz (BSHG), nach der die Sozialhilferegelsätze jährlich analog zu den gesetzlichen Renten erhöht werden, soll nach Meinung der rot-grünen Koalition noch einmal im Wahljahr gel-

ten. **Peter Weiß**, Berichterstatter der CDU/CSU für das Bundessozialhilfegesetz: „Meine Fraktion hat mit ihren Vorschlägen zu einer Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein wegweisendes Zukunftsprogramm vorgelegt. Rot-Grün hat offensichtlich der Mut zur Reform verlassen. Wie auf anderen Politikfeldern auch hier: nichts tun bis zur Wahl.“

Pleitenrekord

■ Bei der Steuerreform wurde nur für die Kapitalgesellschaften der Körperschaftsteuersatz um 15 Prozent spürbar gesenkt. Die Personenunternehmen wurden mit einer Senkung des Einkommensteuersatzes um 2,5 Prozent abgespeist. ■ Die Ökosteuer hat vor allem energieintensive Betriebe mit hohen zusätzlichen Kosten belastet. ■ Die gleichzeitig versprochene Entlastung bei den Lohnnebenkosten ist ausgeblieben. ■ Die noch von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführten Erleichterungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung hat Rot-Grün rückgängig gemacht. **Peter Rau**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU: „16.200 Unternehmensinsolvenzen sind die

katastrophale Folge einer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gerade für kleine und mittlere Unternehmen.“

Einbrüche

■ Um über 28 Prozent sind im dritten Quartal die Gewerbesteuererinnahmen der Städte in den alten und neuen Ländern abgestürzt und liegen um 16 Prozent unter den Ergebnissen des Vorjahres. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die Zahlen des Deutschen Städtetags sind ein weiteres Ergebnis der dilettantischen Steuer- und Wirtschaftspolitik der Schröder-Regierung.“ Steigende Arbeitslosigkeit, lahmende Konjunktur – dazu tragen auch 30 Prozent kommunaler Steuereinnahmen bei, die Rot-Grün den Gemeinden durch Umlageerhöhung zugunsten von Bund und Ländern weggenommen hat.

Einschnitte

■ „Heimlich, still und leise“ ist nach Auffassung von **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Meinrad Belle**, Berichterstatter der Fraktion für den Öffentlichen Dienst, das Motto, nach dem Rot-Grün versucht, die ungerechte Über-

tragung der Rentenreform ins Beamtenrecht durch den Bundestag zu bringen. Sollte es gelingen, dann mit der Folge: wesentlich gravierendere Einschnitte bei Beamten und Pensionären, als dies bei Rentnern der Fall sein wird. In der Ablehnung der Regierungspläne ist sich die Union mit den Betroffenen und ihren Verbänden – mit dem Deutschen Beamtenbund, aber auch mit dem DGB – einig.

Auf den Prüfstand

■ Die Betriebspanne im Kernkraftwerk Philippsburg Block 2 darf nicht heruntergespielt werden. Was dazu führte, ist nicht entschuldbar. Aber sie darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Deutschland nach wie vor der weltweit höchste Sicherheitsstandard bei der Kernkraftnutzung herrscht. Um einer Gefährdung der Akzeptanz dieser Form der Energiegewinnung vorzubeugen, haben **Peter Paziorek**, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Paul Laufs**, Berichterstatter für den Bereich Reaktorsicherheit, im Namen der Fraktion die Forderung einer „umfassenden Analyse des Falles“ und einer „Überprüfung des gesamten Sicherheitsmanagements“ gestellt.

Falsche Richtung

■ Die Union unterstützt alle Bestrebungen, die Leistungen von Urhebern und Künstlern angemessen zu honorieren. Mit ihrem Entwurf zum Urhebervertragsrecht schadet aber die rot-grüne Koalition diesem Interesse. Weitgehende Eingriffe in die grundrechtlich geschützte Privatautonomie und nicht kalkulierbare Vergütungsregelungen zu Lasten der Medienunternehmen gefährden die Zukunft der deutschen Film- und Medienwirtschaft und damit Tausende von Arbeitsplätzen. **Norbert Geis**, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Norbert Röttgen**, zuständiger Berichterstatter in Sachen Urhebervertragsrecht: „Einzelinteressen und Gesamtbelange der Medienwirtschaft müssen zu einem vernünftigen Ausgleich gebracht werden.“

Beerdigung droht

■ „Wir fordern umgehend die Vorlage einer medienpolitisch wie finanziell tragfähigen Konzeption der Bundesregierung zum Auslandskanal, die die Deutsche Welle in die Lage versetzt, ihre Aufgaben qualitativ hochwertig zu erledigen. Dazu bedarf es raschen Handelns. Die CDU/CSU ist

AUS DER BEGRÜNDUNG des OLG Düsseldorf in dem Urteil gegen den islamistischen Extremisten Kaplan: *Nahezu mit Verblüffung musste der Senat zur Kenntnis nehmen, dass eine Vielzahl von Zeugen aus den Reihen des Kaplan-Verbandes, und davon nicht wenige mit inzwischen deutscher Staatsangehörigkeit, mit einer kaum zu glaubenden Unverblümtheit oder besser Unverfrorenheit erklärten, dass für sie auch hier in Deutschland nicht die deutschen Gesetze, ja nicht einmal die deutsche Verfassung, sondern das islamische Recht, die Scharia, maßgeblich sei. Die Mitglieder und Anhänger des Kaplan-Verbandes ließen erst gar keinen Zweifel daran, dass ihnen unsere demokratische Gesellschaftsordnung, ja die Wertordnung des Grundgesetzes insgesamt völlig gleichgültig ist, ja, dass sie diese sogar ablehnen.*

dazu bereit.“ Mit diesen Worten hat **Steffen Kampe**ter, Obmann der Fraktion im Haushaltsausschuss, Staatsminister Nida-Rümelin dazu aufgefordert, seine Tatenlosigkeit aufzugeben und endlich eine Lösung für die finanziellen Rahmenbedingungen der gemeinsamen Aktivitäten von Deutscher Welle (DW), ARD und ZDF zu finden. Inzwischen ist ein Start des Projekts zum 1. Januar 2002 mehr als fraglich. Eine zweitklassige Beerdigung droht. Völlig offen, wie die Kosten der aktuellen Afghanistan-Berichterstattung aufgefangen werden sollen.

Bedenken bestätigt

■ Der Bundesrepublik droht wegen nicht EU-konformer Umsetzung einer Richtlinie ein Vertragsver-

letzungsverfahren. Es geht um das Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (EGG). Während die einschlägige EU-Richtlinie vor allem den Handel über das Internet erleichtern und Dienstleistern Rechtssicherheit geben will, beschert der Regierungsentwurf den betroffenen Unternehmen Rechtsunsicherheit und hohe Kosten. **Martina Krogmann**, Internet-Beauftragte der CDU/CSU: „Unsere bereits im Vorfeld geäußerte Kritik bestätigt sich. Es bleibt jetzt zu hoffen, dass sich Rot-Grün den Argumenten der Praktiker nicht verschließt und im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland den bisherigen Kurs nicht fortsetzt.“



BÜNDNISTREUE

Stunde der Bewährung

Der Krieg gegen den Terror hat begonnen. Uneingeschränkte Solidarität, Bündnistreue zu Amerika: Das sind schöne Worte. Jetzt aber geht es um Taten. Möglich, dass im Verlauf des Konflikts auch das Leben deutscher Soldaten gefährdet wird. Sind wir dazu bereit? Dass die SED-Nachfolger von der PDS die amerikanischen Schläge gegen die Taliban verurteilen, wundert niemanden. Bedenklich ist aber: Auch aus den Reihen der grünen Regierungspartei gibt es immer mehr Stimmen gegen eine deutsche Beteiligung. Der Philosoph Ernst Bloch hat einst gesagt: Wer sich nicht in Gefahr begibt,

kommt darin um. Für die Deutschen schlägt die Stunde der Bewährung.

Bild-Zeitung

ATOMKRAFTWERKE

Trittin schürt die Angst

Im Bundesinnenministerium wird mit Bienenfleiß ein Sicherheitspaket nach dem anderen geschnürt. Doch während Minister Schily sich bemüht, das Nachholen jahrelanger Versäumnisse in der Verbrechensbekämpfung möglichst undramatisch aussehen zu lassen, scheint Umweltminister Trittin die Angst vor Terrorattacken ein bisschen schüren zu wollen. Noch lägen ihm zwar keine Erkenntnisse darüber vor, dass Anschläge auf deutsche Atomkraft-

werke geplant seien, sagte Trittin in Berlin. Doch für die Zukunft schließe er nichts aus – auch nicht die Zwangsabschaltung aller Atomkraftwerke.

Frankfurter Allgemeine

Vorgeschobene Argumente

Die Gelegenheit ist günstig, also holen die Umweltverbände Greenpeace und BUND die Keule hervor: Alle Atomkraftwerke müssten sofort abgeschaltet werden, so ihre Forderung. Schließlich gibt es keine Sicherheit gegen terroristische Angriffe. Doch das Argument ist vorgeschoben: In einer hoch industrialisierten freien Gesellschaft gibt es keine 100-prozentige Sicherheit. Das gilt seit jeher. Verändert hat sich etwas anderes: Durch Schlamereien wie im Kernkraftwerk Philippsburg verspielen die Stromkonzerne Vertrauen. Noch immer verführen wirtschaftliche Überlegungen zu Abstrichen bei der Sicherheit. Rheinische Post

Mit der Kritik der Opposition hat sich Bundesfinanzminister Hans Eichel nie lange aufgehalten. Ein kurzer Hinweis auf den in der Kohl-Ara aufgehäuften Schuldenberg reichte aus. Doch so leicht kann sich der SPD-Politiker nun nicht mehr aus der Affäre ziehen. Der unabhängige Bundesrechnungshof hat sich mit Eichel beschäftigt und kommt zu einem vernichtenden Urteil: Die Haushaltsführung des lange als Sparkommissar gelobten Ministers ist unsolid.

Berliner Zeitung

FINGERABDRUCK

Befristete
Fahndungshilfe

Prints, wie die Amerikaner die Fingerabdrücke nennen, kennen wir bisher nur aus der Verbrechensbekämpfung. Geregelt im Paragraphen 81 b der Strafprozessordnung, dürfen sie zum Beispiel für Zwecke des Erkennungsdienstes von einem Beschuldigten auch gegen dessen Willen angefertigt werden. Der Pass-Print gehört zu den vielen, jetzt diskutierten Verfahren zur Bekämpfung des Terrorismus. Fingerabdrücke als zusätzliches Identitätsmerkmal in jedem Reisepass? Sicher, Fingerabdrücke sind wegen ihrer lebenslang unveränderten und in jedem Einzelfall einzigartigen Struktur geradezu ideale Fahndungshilfen. Bei Beschuldigten. Nun auch bei jedem unbescholtenen Bürger? Denkbar ist das, wenn das Gesetz zeitlich befristet gilt.

General-Anzeiger, Bonn

ARBEITSMARKT

Defizit durch
Reformstau

Noch stellt man sich im Bundesfinanzministerium taub, dabei ist längst klar: Mit 1,2 Milliarden Mark Zuschuss aus der Bundeskasse wird die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr auf keinen Fall über die Runden kommen. Ihr Präsident spricht von einem Defizit von knapp vier Milliarden, die Opposition von mehr als fünf Milliarden Mark. Die Bundesregierung kommt nun – im wahrsten Sinne des Wortes – teuer zu stehen, dass sie beim Abbau der Arbeitslosigkeit lange Zeit allein auf die Demographie und die boomende Konjunktur gesetzt hat. Doch Besserung wird auch angesichts steigender Arbeitslosigkeit nicht gelobt: So spricht Bundesarbeitsminister Rister verniedlichend von einer „vorübergehend schwierigen Situation am Arbeitsmarkt“. Spätestens

im Januar dürfte die Zahl der Arbeitslosen damit wieder über die magische Vier-Millionen-Marke steigen.

Die Welt

Was tun?

Bernhard Jagoda, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat sich wieder etwas einfallen lassen, um die traurig dröge Vorstellung der Arbeitslosenstatistik zu garnieren. Deutschland brauche keine Mundwerker, sondern Handwerker. Was tun? Die Regierung könnte die Chance auf mehr Jobs erhöhen, indem sie den Mittelstand in gleichem Maße durch Steuersenkung fördert wie Kapitalgesellschaften. Sie könnte Unternehmen von Regulierungen wie zur Teilzeit oder Betriebsverfassung entlasten, sie könnte ein Klima schaffen zu Gunsten der Arbeitslosen, nicht zu Gunsten der Arbeit Besitzenden. Dafür braucht es in der Tat Handwerker, solche, die auch einmal gegen Gewerkschaftsinteressen ein Rohr biegen.

Rheinische Post

FRAUEN-UNION

Faltblatt „Besser leben
in einer europaweiten
Informationsgesellschaft

Best.-Nr.: **2705**

50 Expl.: 28,00 DM/
14,32



PIN „Politik weiblich“

Best.-Nr.: **9593**

25 Expl.: 27,50 DM/
14,06



Beitrittserklärung zur Frauen-Union

Best.-Nr.: **6425**

50 Expl.: kostenlos

Jetzt wieder im Angebot!

Sonnenschirm

FU

Best.-Nr.: **0047**

1 Expl.: 75,00 DM/
38,35



IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 2 2070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

**Baumwolltasche
„Wir sind am Zug“**

Best.-Nr.: **9405**
10 Expl.: 19,50 DM/
9,97



**Türanhänger „Wir kriegen
nichts geschenkt“ mit
Info-Coupon**

Best.-Nr.: **9257**
100 Expl.: 15,90 DM/
8,13



**Halstuch
„50 Jahre FU“**

Farbe magenta
Best.-Nr.: **9406**
1 Expl.: 15,00 DM/
7,67



**Ehrenurkunde
der Frauen-Union
mit Mappe ohne
Jahresangabe**

Best.-Nr.: **0242**
10 Expl.: 14,40 DM/
7,36

**Faltblatt „Weitersagen –
Politik braucht Frauen“**

Best.-Nr.: **2612**
100 Expl.: 23,50 DM/
12,02



**Zedernholzbaumchen
mit FU-Aufdruck**

Best.-Nr.: **9186**
10 Expl.: 14,90 DM/
7,62



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Jetzt wieder im
Angebot!

Bierdeckel
„POLITIK MUSS SPANNEND
BLEIBEN

Best.-Nr.: **9292**

600 Expl.: 31,00 DM/

15,85

6 verschiedene Bierdeckel mit einem
interessanten und spannenden Geschick-
lichkeitsspiel auf der Rückseite!

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmoold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen